

solik aktuell



BAföG? Immer rauf damit!

Die Höhe der staatlichen Studierendenunterstützung ist unterm Strich seit sechs Jahren gleich. Nun soll das BAföG um zehn Prozent angehoben werden. Aber die DGB-Jugend sieht höheren Bedarf.

Das BAföG hat seit seinem Bestehen das Ziel verfolgt, finanzielle Hürden beim Hochschulzugang abzubauen und damit einen Beitrag zur Chancengleichheit zu leisten« – das schreibt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock Ende Mai 2007 in einem Brief an Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU).

Der Grund für diese Erinnerung: Die Höhe der staatlichen Studierendenunterstützung ist unterm Strich seit sechs Jahren gleich – Anlass für den DGB, Bereich Jugend, auf den sozialen Aspekt des BAföG hinzuweisen. Denn junge Menschen aus weniger begüterten Familien werden an den Universitäten langsam rar. Der Beirat für Ausbildungsförderung der Bundesregierung hatte Anfang des Jahres eine Erhöhung der Sätze um gut zehn Prozent für unverzichtbar erklärt, um zumindest das Niveau von 2002 wieder zu erreichen.

Die Fördersätze für die heute insgesamt 507.000 BAföG-Bezieher waren zuletzt

»STREITZEIT AM TOR«

Ausbildung für alle

Achtung! Runder Tisch unter freiem Himmel: Am 25. Juni 2007 ab 12 Uhr werden Jugendliche am Brandenburger Tor in Berlin mit Gewerkschaftern (Michael Sommer, Ingrid Sehrbrock, Frank Werneke), Politikern und Arbeitgebern über Ausbildungschancen diskutieren – mit Live-Übertragung ins Internet. [S](#)

www.ausbildung-fuer-alle.de

TRITTBRETTFAHRER



Mit sozialen Forderungen haben Neonazis nichts am Hut – sie organisieren trotzdem Aufmärsche zu sozialen Themen und drängen sogar in gewerkschaftliche Veranstaltungen. Welche politischen Ziele dahinterstecken, zeigt die neue DGB-Broschüre »Trittbrettfahrer der Sozialen Frage – Sozialdemagogie von NPD und Neonazis«.
Im Download: www.dgb.de/homepage_kurztexte/trittbrettfahrer_broschuere.htm

2001 angehoben worden. Der Höchstsatz liegt derzeit bei 585 Euro. Dabei dürfen Eltern maximal 1.440 Euro an anrechenbarem Einkommen haben, damit ihr Kind überhaupt Ausbildungsförderung bekommt.

Schavan selbst war im Mai 2007 den Vorschlägen des Beirates gefolgt. Ihr Staatssekretär Andreas Storm relativierte die Zehn-Prozent-Marke jedoch kurz später – man müsse die Haushaltsberatungen des Bundestages abwarten.

Dass die Erhöhung kommt, steht wohl außer Zweifel: Auf Anfrage von Soli aktuell im Bundesministerium für Bildung und For-

INHALT

3 *ausbildung + beruf*

Bildung statt Armut: Hans-Böckler-Stiftung betreibt soziale Öffnung der Hochschulen

Wirtschaft: Kaum Platz für Jobanfänger

4 *thema*

Weltbürgerbewegung: Die DGB-Jugend beim G8-Alternativgipfel
Gewerkschaftsjugend-Proteste in Rostock und Umgebung

Umlagefinanzierung – weltweit: Die IGB-Jugendkonferenz

6 *jav-ratgeber*

Job per Gesetz: Übernahme

7 *landesbezirke + gewerkschaften*

Alte Schemen passé: Die neue Strategie der ver.di Jugend

sung erklärt Pressesprecher Elmar König: »Wir gehen von einer zehnprozentigen Erhöhung in zwei Stufen in den Jahren 2007 und 2008 aus. Die Freibeträge werden um acht Prozent erhöht.« Zunächst war als Zeitpunkt einer möglichen Erhöhung das Wintersemester 2008/09 angepeilt worden.

Wie schon Storm verweist auch König auf ein abschließendes Ergebnis erst am 27. Juni 2007 – dann ist Haushaltsberatung im Bundestag. Gespräche mit dem Finanzministerium seien aber positiv verlaufen. Die Anhebung wird nach Angaben Schavans durch die gute wirtschaftliche Entwicklung und damit verbundene höhere Einnahmen des Staates möglich.

Ist damit alles geklärt? Nein. Das Thema BAföG ist selbst mit der genannten Erhöhung für die Gewerkschaften noch nicht vom Tisch. Ingrid Sehrbrock hat schon erklärt: »Eigentlich müsste das BAföG weitaus stärker als um zehn Prozent angehoben werden, um die Studienchancen der Kinder aus unteren Einkommensgruppen nachhaltig zu verbessern und um eine für den internationalen Wettbewerb notwendige, höhere Studentenquote zu erreichen.« [S](#)

DGB-Stellungnahme zum BAföG-Änderungsgesetz:
www.dgb.de/homepage_kurztexte/bafog.htm

Rückläufig

Ausbildungsdaten Mai 2007 ■ Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze ist im Vorjahresvergleich um 0,5% zurückgegangen. Obwohl die Zahl der BewerberInnen rückläufig ist, tut sich damit eine betriebliche Ausbildungslücke von 237.704 fehlenden Ausbildungsplätzen auf.

Metall-Azubis

Tarifabschluss ■ Die IG Metall hat sich im Mai 2007 mit den Arbeitgebern über einen neuen Tarifabschluss geeinigt. Der neue Tarifvertrag sieht tabellenwirksame Einkommenserhöhungen von 4,1% ab Juni 2007 für zwölf Monate vor. Für die Monate April und Mai erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 400 Euro.

Wichtig für Azubis: Sie erhalten für die Monate April und Mai 2007 eine Einmalzahlung von 125 Euro. Die Ausbildungsvergütungen werden darüber hinaus entsprechend der Einkommenssteigerung der Beschäftigten angehoben – wie z.B. in Niedersachsen: Dort erhalten die Auszubildenden zusätzlich einen Einmalbetrag in Höhe von 3,98%. In Thüringen steigen die Vergütungen um 4,1%, im Bezirk Küste ab dem 1. Juni 2007 um 32 Euro.

www.igmetall.de

Aufräumarbeiten



A. Schavan

Berufliche Bildung ■ Bundesbildungsministerin **Annette Schavan** (CDU) will die berufliche Bildung neu ordnen und die Zahl der anerkannten Lehrberufe um bis zu 300 reduzieren.

Die neue Ausbildungsordnung soll in spätestens zwei Jahren gelten. Welche Berufsbilder abgeschafft werden, will die Ministerin mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften im so genannten Innovationskreis Berufliche Bildung festlegen. Nach ihren Vorstellungen sollen seltene Berufe wie Schirmmacher, Revolverdreher, Schiffszimmerer, Tapetendrucker oder Handschuhmacher komplett wegfallen. Andere Lehrberufe sollen zu gemeinsamen Ausbildungsgängen zusammengelegt werden.

Gesundheit!

Krankheit ■ Alles zu Rauchen, Kiffen, Folgen von Flatrate-Partys und drogeninduzierte Psychosen: Zur großen Kinder- und Jugendgesundheitsstudie KiGGS des Robert Koch-Instituts ist jetzt die erste thematisch breit angelegte Veröffentlichung der Basisergebnisse erschienen.

www.kiggs.de

IG BAU-Initiative

Gegen Billigschrubben ■ Auf Druck der IG BAU bezahlt die Reinigungsfirma B+K Dienstleistungen die sieben bisher untertariflich beschäftigten Reinigungskräfte im Reichstag künftig nach Tarif. IG BAU-Presse Sprecherin **Sigrun Heil**: »Anscheinend hilft nur öffentliche Aufmerksamkeit dabei, Lohndumping zu verhindern.« Die IG BAU war im Mai 2007 mit Fällen von Lohndumping an die Öffentlichkeit gegangen: Der Reichstag wurde von Unternehmen gereinigt, die ihren Beschäftigten weniger als den gesetzlichen Mindestlohn von 7,87 Euro zahlen.

Die Situation vieler der 850.000 Arbeitnehmer in der Gebäudereinigung ist oft prekär: Sie arbeiten in über 16.000 Gebäudereinigerbetrieben in der Innen- und Unterhaltsreinigung. Stetige Stundenkürzungen, versteckter Akkord, Revierlöhne und Pauschalen sind an der Tagesordnung.

Die gebührenfreie IG BAU-Hotline gegen Lohndumping in der Gebäudereinigung: Tel.: 0800 / 442 28 02

Hohes Risiko

Problemfaktor Jugend ■ Die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen hängt in Deutschland und Frankreich viel stärker von der wirtschaftlichen Entwicklung ab als in anderen Ländern Europas. Zu diesem Ergebnis kommt eine Erhebung des weltgrößten Personaldienstleisters Adecco. Danach ist das Risiko, arbeitslos zu werden, für Europas Jugend zwischen 15 und 24 Jahren doppelt so hoch wie für alle anderen Altersgruppen.

Im Gegensatz zu Deutschland wirkten sich in Spanien und Großbritannien die Konjunkturschwankungen fast gleichmäßig auf die Beschäftigungsmöglichkeiten aller Erwerbstätigen aus. Diese Unterschiede wiesen darauf hin, dass nicht nur Marktkräfte, sondern auch Bildungssysteme und Politik Auswirkungen auf den Übergang der Jugend in das Berufsleben hätten.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist mit ca. 18 Prozent doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote.

Das gibt Ärger



U. Burchardt

HRG-Abschaffung ■ Gegen den Beschluss der Bundesregierung, das Hochschulrahmengesetz (HRG) komplett abzuschaffen, regt sich Widerstand. Der Bund dürfe sich nicht vorschnell von einem bundeseinheitlichen Hochschulraum verabschieden, sagte die Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bundestag, **Ulla Burchardt** (SPD) im Mai 2007. »Diese Vorlage wird den Bundestag nicht ohne Änderung passieren«, machte die Bildungspolitiklerin deutlich.

Zu teuer

NRW: Weniger Studis ■ Wie das Landesamt für Statistik NRW mitteilt, ging die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger binnen Jahresfrist um 6,5% auf 63.000 zurück, obwohl die Zahl derjenigen, die in NRW eine Hochschulzugangsberechtigung erwarben, im Jahre 2006 mit 109.100 um 4,9% höher war als ein Jahr zuvor.

Die sinkenden Studienanfängerzahlen in NRW fallen laut Statistikamt zusammen mit der Einführung von Studiengebühren an staatlichen Hochschulen: Seit dem Wintersemester 2006/07 haben die Hochschulen die Möglichkeit, bei Studienanfängerbeiträgen von bis zu 500 Euro pro Semester zu erheben.

Weg mit Hauptschule I



A. Merkel

Junge MigrantInnen ■ Junge MigrantInnen haben ein Ende der Hauptschule gefordert. Sie laufe dem Ziel der Chancengleichheit zuwider, hieß es zum Abschluss eines zweitägigen – dem ersten seiner Art – Jugendintegrationsgipfels im Mai 2007, der im Bundeskanzleramt stattfand. Die Jugendlichen verlangten, dass die Schulen stärker auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereiten müssten. Die Forderungen, die die 80 Jugendlichen erarbeitet haben, sollen in den nationalen Integrationsplan einfließen. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) betonte, es stehe nicht in ihrer Macht, die Hauptschule abzuschaffen. Das sei Ländersache.

Weg mit Hauptschule II

Baden-Württemberg Schulleitungen ■ Schulleitungen in Baden-Württemberg rebellieren offen gegen das dreigliedrige Schulsystem. In einem Brief an Kultusminister **Helmut Rau** (CDU) verlangen rund 100 DirektorInnen von Grund- und Hauptschulen eine Abkehr von der frühen Auslese der Kinder. Der Wechsel sei »überfällig«. Schon lange sei empirisch bewiesen, dass im gegliederten System Begabungen von Kindern ungenutzt blieben und nach Herkunft statt nach Leistung sortiert werde.

www.schulrecht-baden-wuerttemberg.de

Jetzt Schulwissen

»Dr. Azubi« im Unterricht ■ »Dr. Azubi« goes Schule: Der Cornelsen Verlag Berlin wird Teile der DGB-Jugend-Publikationen »Schwarzbuch Ausbildung« und des »Ausbildungsreport 2006«, die auf die miserable Lehrstellensituation und Mängel bei der Qualität der Ausbildung hinweisen, im neuen Schulbuch »Wirtschaft 9/10« (Auflage: 50.000) abdrucken.

Bildung statt Armut

Gewerkschaftliche Studienförderung: Die Hans-Böckler-Stiftung will die soziale Öffnung der Hochschulen vorantreiben.


Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ist im Vergleich mit anderen Begabtenförderungswerken eine Ausnahme: Die gewerkschaftsnahe Studienorganisation hat unter allen deutschen Begabtenförderungswerken den bei weitem höchsten Anteil an Stipendiatinnen und Stipendiaten aus einkommensschwachen Familien. Und jetzt wird noch einmal draufgesetzt: In den kommenden drei Jahren stockt das zweitgrößte deutsche Begabtenförderungsmerk im Zuge der »Böckler-Aktion Bildung« die Zahl der Stipendien um 500 auf insgesamt 2.100 auf.

Aktuelle Zahlen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung zeigen, dass die HBS mehr als andere Förderungswerke zur sozialen Chancengleichheit beim Hochschulzugang beiträgt. So erhalten 69 Prozent der Böckler-Stipendiaten ein Vollsti-

pendium von derzeit 605 Euro. Das heißt, dass diese Studierenden aus finanziellen Verhältnissen stammen, in denen sie auch Anspruch auf den BAföG-Höchstsatz hätten. Der Durchschnittswert der Vollstipendien unter allen elf Begabtenförderungswerken liegt dagegen nur bei knapp 25 Prozent. Die Studienstiftung des Deutschen Volkes, das weitaus größte Begabtenförderungsmerk, unterstützt nur 16 Prozent ihrer Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Vollstipendien. Unter dem Durchschnitt liegen auch die Stiftung der deutschen Wirtschaft mit 18 Prozent, das katholische Cusanuswerk mit 21 Prozent und die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung mit 22 Prozent. Schaut man auf den Durchschnitt aller Förderungswerke, stellen die Empfänger von Büchergeld, die aus wohlhabenden Familien stammen, mit 42 Prozent die größte Gruppe.

Die HBS verwendet für ihr Programm zusätzliche Mittel aus der »Exzellenzinitiative« des BMBF, um gezielt begabte Fach-

abiturienten und Abiturienten aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern zu fördern. HBS-Geschäftsführer Wolfgang Jäger: »Wir werden sie im Sinne der sozialen Öffnung der deutschen Hochschulen an exzellente Bewerberinnen und Bewerber weitergeben.« Jäger betont aber auch, dass Stipendien nur einen sehr begrenzten Beitrag leisten können: »Selbst wenn die anderen Werke einen ähnlichen sozialen Akzent in der Bewerberauswahl setzen würden – wo für derzeit nichts spricht –, würde das lediglich ein Prozent aller Studierenden erreichen.«

Negative Trends wie Studiengebühren und die finanzielle Stagnation beim BAföG-Satz ließen sich durch leistungsabhängige Stipendien nur in geringem Umfang ausgleichen. Das zeige auch der Blick in die USA. Jäger: »Eliteuniversitäten in Kombination mit Studiengebühren führen zu einer fortschreitenden Bevorteilung der Kinder der Reichen.« 

www.boeckler.de

69 Prozent der Böckler-Stipendiaten erhalten ein Vollstipendium von 605 Euro.

Mit Praxis in die Praxis

Umfrage in der Wirtschaft: Beim Jobeinstieg ist kaum Platz für Anfänger.


Trotz des konjunkturellen Aufschwungs haben Hochschulabsolventen ohne Praxiserfahrung nur geringe Anstellungschancen. Sieben von zehn Stellenanzeigen für Akademiker richten sich ausschließlich an Bewerber, die bereits in einem Unternehmen mitgearbeitet haben. In den meisten Fällen wünschen sich die Firmen Kandidaten mit bis zu zwei Jahren Berufserfahrung.

Ob Interessenten ohne dieses Erfordernis den Einstieg in das Arbeitsleben schaffen, hängt von Branche und Größe des potentiellen Arbeitgebers ab. Dies ergab die aktuelle Untersuchung »Young Professional Index«. Dafür wurden im ersten Quartal 2007 insgesamt 2.943 Stellenangebote von 200 Großunternehmen und 600 mittelständischen Firmen untersucht.

Am schwierigsten ist der Einstieg in ein Handelsunternehmen. Praxiserfahrung heißt dort für drei Viertel (74 Prozent) der Firmen, dass der Kandidat bereits in dem Beruf gearbeitet haben muss. Kandidaten, die Abläufe und Strukturen im Handel nur

durch Praktika kennengelernt haben, kommen nur für ein Viertel (23,6 Prozent) der Betriebe in Frage. Ähnlich hohe Erwartungen gibt es in der Logistik: In dieser Branche setzen 71,8 Prozent der Anbieter Praxiskenntnisse mit Berufserfahrung gleich.

Im Dienstleistungssektor liegt die erste Station auf dem Berufsweg meist in einem mittelständischen Unternehmen. Dort können sich mehr als die Hälfte (50,8 Prozent) der Betriebe vorstellen, einen Absolventen aufgrund seiner Praktika einzustellen. Für Großunternehmen reicht eine solche Qualifikation nur in 25,2 Prozent der Fälle.

Die meisten Studierenden absolvieren bereits während des Studiums ihre Praktika, um die Lücke zwischen Theorie und Praxis zu schließen. Knapp die Hälfte der Stellen werden für Bewerber ausgeschrieben, die ihr fachliches Interesse und ihre Erfahrung auf diese Weise belegen. Eine Berufsausbildung im Lebenslauf macht sich bei Banken und Versicherungen bezahlt. Für 57,1 Prozent der Jobs kommen diese Bewerber in die engere Wahl. 


KOLPINGJUGEND

Absage mit Gesicht

»Wer nur flexibel und qualifiziert genug ist, der findet in Deutschland auch einen Ausbildungsplatz und Arbeit. Man muss sich nur wirklich bemühen.«

Dass derartige Aussagen an der Realität vorbeigehen und vor allem an den Interessen vieler junger Menschen, die unzählige Bewerbungen schreiben und nur frustrierende Absagen erhalten, merken auch zunehmend nichtgewerkschaftliche Jugendverbände.

Mit der Absagensammelaktion »Suchst du noch oder arbeitest du schon?!« möchte jetzt die katholische Ehrenamtlichen-Organisation Kolpingjugend auf dieses Problem aufmerksam machen und »den Menschen hinter den Absagen ein Gesicht geben«, wie Peter Köhler, Bundesleiter der Kolpingjugend Deutschland erklärt. Es seien nicht nur gering qualifizierte, die nach der Schule auf der Straße stünden. »Das Problem ist mitten in unserer Gesellschaft«, betont Köhler.

Bis zum 30. September 2007 sammelt die Kolpingjugend Absagen von jungen Erwachsenen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben. Die Absagen sollen dann im Herbst dieses Jahres Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft übergeben werden. 

www.kolping.de

Weltbürgerbewegung

Die DGB-Jugend war beim G 8-Alternativgipfel sehr aktiv. Ob sie erfolgreich war, sagt Jessica Heyser.

Das Motto des Alternativgipfels lautete »Globalisierung anders denken«. Hat das geklappt?

Es war ja so, dass ein sehr buntes Spektrum zum Alternativgipfel aufgerufen hat: Kirchen, ökologische und antimilitaristische NGOs, Soziale Bewegungen wie auch Migrantenorganisationen. Diese Vielfalt spiegelte sich auch inhaltlich wider. Es gab Schwerpunktthemen, doch es ging keine einheitliche Message an die G 8 raus, keine Resolution. Aber zum Ende fand eine Podiumsdiskussion statt, in der die Diskutanten – wie z.B. die indische Aktivistin Vandana Shiva – die Zusammenarbeit über die Kontinente hinweg beschworen haben, in der die Entwicklungsländer eine genauso laute Stimme haben wie alle anderen Länder auch.

Welche Themen standen ganz oben auf der Agenda?

Fairer Handel und Entschuldungsproblematik. Hier ging es in Richtung Verbrauchermacht nutzen und »aktive Demokratie«. Da wurden erfolgreiche Mobilisierungen vor Ort genannt, etwa in Indien, wo kostspielige und ökologisch wie sozial unsinnige

Staudammprojekte erfolgreich durch Bürgerprotest verhindert wurden.

Und: Wie integriert man fairen Handel in die Entwicklungshilfe? Hier gab es Vorschläge, das Modell spezieller Besteuerungen bei Verstößen gegen soziale und ökologische Standards auszuweiten. Auch die Einhaltung des Vorhabens der Industrieländer, dass die Entwicklungshilfe 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes betragen sollte, wurde immer wieder gefordert.

Welche Rolle spielte die Gewerkschaftsjugend beim Alternativgipfel?

Wir haben Workshops angeboten, einen davon zum Thema »Gute Arbeit«. Wir hatten Gäste aus Ghana und Südafrika, die verschiedene Gewerkschaftsstrategien vorstellten. In Ghana haben die Gewerkschaften gemeinsam mit dem Staat ein »Decent Work Program« initiiert. Dabei geht es in erster Linie um die Bereitstellung der Infrastruktur für Kleinbauern: Untere Preisgrenzen werden festgelegt, Mindesteinkommen etc. Dies ist ein mehr korporatistisches Modell.

Und in Südafrika...

...sind dagegen Organising-Modelle sehr erfolgreich. So ist es den Gewerkschaften dort gelungen, die städtischen Bediensteten zu reorganisieren. Der städtische Dienstleistungsbereich in Südafrika ist fast vollstän-

dig privatisiert worden – mit dem üblichen Ziel der Lohnsenkung. Die Gewerkschaften konnten durch geschickte Kampagnen eine Lohnangleichung auf das alte Niveau erreichen – und vor allem: einen Organisationsgrad von 95 Prozent, auch und gerade unter jungen Leuten.

In einem anderen Workshop, einem internationalen Gewerkschaftertreffen, wurden Kampagnen aus aller Welt vorgestellt und sehr kritisch über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften diskutiert. Dabei war das Thema »Gute Arbeit« das verbindende Element; das relativierte die Gegenüberstellung reicher Norden, armer Süden in der Art, das man sah: Aha, prekäre Arbeit, die es zu bekämpfen gilt, gibt es überall, sie wird nur mit unterschiedlichen Mitteln organisiert.

Was konntest du nach den G 8-Protesten und dem Alternativgipfel für die Arbeit der Gewerkschaftsjugend mitnehmen?

Die neuen Kontakte und die gute Zusammenarbeit mit anderen NGOs. Was für uns sehr gut war: Die Inhalte, die wir selbst organisiert haben – Jugendarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung – wurden um die internationale Komponente erweitert. [\[5\]](#)

Jessica Heyser ist politische Referentin der DGB-Jugend.



G 8 – GUTEN TAG



DGB-Jugend zeigt Flagge: Rostock, 2. Juni 2007

Gewerkschaftsjugend-Proteste in Rostock und Umgebung

Das erste Protestwochenende gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm stand ganz im Zeichen der Auftakt demonstration in Rostock am 2. Juni 2007. Engagierte junge GewerkschafterInnen waren aus allen Teilen Deutschlands nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen. Vom Camp in Bützow aus fuhren KollegInnen der Gewerkschaftsjugend am Samstag in die Hansestadt, um sich an den Protesten zu beteiligen.

Am Bahnhof trafen sie auf weitere AktivistInnen, die mit verschiedenen Zügen nach Rostock gekommen waren. Gemeinsam reichten sie sich in den ersten Demozug ein, der gegen 13:30 Uhr in Richtung Stadthafen losmarschierte. Gleichzeitig setzte sich ein zweiter Demozug vom Schutower Kreuz aus in Bewegung. Dort waren die TeilnehmerInnen angekommen, die sich mit Bussen auf den Weg nach Rostock gemacht hatten. Auch hier waren junge GewerkschafterInnen aus der ganzen Republik mit dabei.

Das Ende dieser Demonstration mit gewalttätigen Ausschreitungen ist zu bedauern. Die DGB-Jugend grenzt sich klar von diesen Krawallen ab. [\[5\]](#)

Dirk Neumann

Umlagefinanzierung – weltweit

»Decent Work for Young People«: Die Teilnehmer der IGB-Jugendkonferenz am 1. und 2. Juni 2007 in Berlin verlangen von den G 8 mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Trotz beispiellosen Weltwirtschaftswachstums haben die meisten von uns entweder gar keine oder unsichere Arbeit – so brachte Prosper Chitambar das Dilemma modernen Wirtschaftens auf den Punkt.

Der junge Gewerkschaftsaktivist aus Simbabwe war einer der ca. 200 Teilnehmer der von der DGB-Jugend unterstützten Jugendkonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und der NGO-Foren Solidar und Global Progressive Forum, die am 1. und 2. Juni 2007 ins Berliner Veranstaltungszentrum Urania gekommen waren.

Chitambaras Vortrag wurde klar: Arbeitslosigkeit und Prekarität bestimmen den Alltag junger Leute weltweit. Noch nie waren so viele von ihnen ohne Job wie heute. Um überhaupt in die Nähe des Ziels menschenwürdiger Arbeit für alle zu kommen, das sich der IGB dieses Jahr auf die Fahne geschrieben hat, müssten erst einmal 400 Millionen Jobs geschaffen werden – so hoch wird der weltweite Bedarf veranschlagt.

Dabei gibt es jede Menge Barrieren. Europa-Parlamentarier Harlem Désir, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, stellte Folgendes zur Diskussion: Auf die Einhaltung von Arbeitsnormen hingewiesen, würden Politiker aus Entwicklungsländern oft entgegen: Dann verlieren wir ja auch noch den letzten Wettbewerbsvorteil. Gemeint: Wenn die Vernachlässi-

work/no work« umschrieb Guy Ryder diese Zwickmühle.

Mag die Realität in Deutschland und anderen europäischen Staaten vielleicht derzeit noch eine andere sein – das Prinzip »Schlechte Arbeit oder keine Arbeit« dürfte zumindest papierlosen Migranten bekannt sein – und der Kampf um gerechte Verteilung von Ressourcen und Bildung tobt auch hier.

Dass Zeitarbeit, Leiharbeit, Praktikantenschleifen und Dumpinglöhne oft längst die Realität auch im »Erste

Welt«-Arbeitsmarkt darstellen, konnte gerade wieder die IG BAU nachweisen: Die hat einen Fall nichttariflicher Unterbezahlung von Putzkräften enthüllt, die im deutschen Bundestag eingesetzt worden waren – der öffentliche Dienst hat bekanntlicherweise Vorzeigefunktion.

»Globalisierung ohne soziale Komponente = 19. Jahrhundert.«

Josep Borell



IGB-Jugendkonferenz in Berlin – v.l.o: Mariella Scazzotti, Argentinien; Podium mit Mariangels Fortuny, ILO (z.v.l.); Guy Ryder, IGB. U.: Christian Kühbauch, DGB; Gabriella Bonilla, IGB; Markus Kristiansson, Schweden; Prosper Chitambar, Simbabwe

Die Veranstaltung war hochkarätig besetzt: Kein geringerer als Guy Ryder, Generalsekretär des IGB, eröffnete die Konferenz. Für den DGB sprach Christian Kühbauch, früherer Bundesjugendsekretär und jetzt Leiter der strategischen Planung. »Einen Meilenstein«, nannte er das Treffen mit Blick auf die G8: »Man muss die Globalisierung regulieren, wo der Markt versagt.« Denn, so ein anderer Referent, Europaparlamentarier Josep Borell: »Globalisierung ohne soziale Komponente ist gleich 19. Jahrhundert.«

Ob es überhaupt möglich ist, bei den sehr unterschiedlichen Bedingungen im internationalen Kontext – zwischen Vorzeigeökonomien wie Deutschland, Frankreich oder USA, Schwellenländern wie Indien oder China oder von informellen Arbeitsstrukturen geprägten Staaten in Lateinamerika oder Afrika – Parallelen zu finden im Leben junger Menschen, das schien zunächst ein Problem. Spätestens aber mit

gung der Arbeitsnormen in Sachen Gesundheitsschutz, Sozialversicherungen, Arbeitszeiten und vor allem Lohn nicht gewährleistet ist, können die Firmen auch gleich in Deutschland, England oder USA bleiben.

»In den meisten Fällen besitzen die Arbeiter sehr wenig Eigenkapital – das führt zu physischen Strapazen«, führte Chitambar dagegen lakonisch aus. Den Arbeitern auch in informellen, also nicht abgesicherten Ökonomien ist es deshalb noch lange nicht egal, unter welchen Bedingungen sie arbeiten – täglich kämpfen sie um Verbesserungen, zum Teil unter Lebensgefahr: »Die Entstehung von Exporthandelszonen in ganz Südamerika wurde als Arbeitsplatzgoldmine begrüßt. Stattdessen werden junge Frauen ausgenutzt, verletzt und schikaniert und besitzen keine Grundrechte«, so Gabriella Bonilla, Jugendreferentin in der lateinamerikanischen Regionalstelle des IGB. »Bad

Auswirkungen dieser und vieler anderer Arten prekärer Lebensführung, propagiert durch Arbeitgeber und Politiker, standen im Zentrum dieser durch hochkonzentrierte Arbeit gekennzeichneten Tagung. Ihr Ausdruck ist die Abschlusserklärung, die an einen Vertreter der G8-Staaten übermittelt wurde: Kajo Wasserhöfel (SPD), Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium.

In dem Zehn-Punkte-Plan heißt es: »Menschenwürdige Arbeit, insbesondere für junge Leute, muss im Zentrum aller Wirtschaft-, Sozial- und Entwicklungspolitik stehen. Wirtschaftswachstum ist keine unabhängige Größe – es muss für die Entwicklung und Beschäftigungschancen der Menschen eingesetzt werden. Ein globaler Beschäftigungspakt für die Jugend ist notwendig geworden.« [5]

Die Abschlusserklärung der Konferenz »Youth Action for Decent Work« ist auf der Internetseite www.ituc-csi.org/spip.php?rubrique98 nachzulesen.

Job per Gesetz

Ausbildungsende Teil I: Der JAVi. Übernahme erschreckt die Unternehmer. Nicht anders ergoht es vielen Jugendvertretern: Wenn sie übernommen werden sollen, haben sie mit manchen Arbeitgebern genauso viel Stress, als würde der ganze Betrieb verkauft. Anmerkungen zur aktuellen Rechtsprechung.

Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) bzw. des Betriebsrats, die sich in der Berufsausbildung befinden, könnten und sollten innerhalb der letzten drei Monate vor Beendigung der Berufsausbildung einen Antrag auf Übernahme nach § 78a Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) bzw. § 9 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) stellen. In diesem Fall kommt automatisch ein der Ausbildung entsprechendes unbefristetes Vollzeitverhältnis zustande.

Der Arbeitgeber kann mit Hilfe der Arbeitsgerichtsbarkeit erfolgreich eine Auflösung dieses – per Gesetz zustande gekommenen – Arbeitsverhältnisses nur dann erreichen, wenn ihm eine Weiterbeschäftigung – unter Berücksichtigung aller Umstände – nicht zugemutet werden kann. Klassischer Fall der »Unzumutbarkeit«: das Fehlen eines freien Arbeitsplatzes zum Ausbildungsende.

Zumindest Arbeitgeber, die Leiharbeiter einsetzen, werden künftig Probleme bekommen – die Arbeitsgerichte werden so schnell nicht mehr eine Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung annehmen: So hat das Landesarbeitsgericht (LAG) Nürnberg in seiner Entscheidung vom 21. Dezember 2006 entschieden, dass eine Weiterbeschäftigung dann zumutbar ist, wenn ein dauerhafter Bedarf an der Beschäftigung eines Arbeitnehmers besteht.

In dem vom LAG Nürnberg entschiedenen Fall hatte der Arbeitgeber beschlossen, keine Neueinstellungen vorzunehmen, sondern entstehenden Beschäftigungsbedarf durch den Einsatz von Leiharbeitern zu decken.

Die Nürnberger Richter haben in ihrer Entscheidungsbegründung ausdrücklich betont, dass der Einsatz von Leiharbeitern, die ja nicht direkt in vertraglichen Beziehungen zum Arbeitgeber stehen, nichts daran ändert, dass ein Beschäftigungsbe-

darf andauernd vorhanden ist – und dass es sich um entsprechende Arbeitsplätze handelt. Das Gericht hielt es für maßgebend, dass der andauernde Bedarf an Beschäftigung von Arbeitnehmern im Rahmen der Arbeitsorganisation besteht.

Das JAV-Mitglied, das sich in diesem Fall gegen den Auflösungsantrag des Arbeitgebers wehrte, war letztlich auch deshalb erfolgreich, da tatsächlich zu dem Zeitpunkt – das ist wichtig! – ein Leiharbeiter angestellt wurde, als die Beendigung seines Ausbildungsverhältnisses anstand. Also war zu dieser Zeit auch ein freier Arbeitsplatz vorhanden. Und: Der Leiharbeiter wurde auch auf einem Arbeitsplatz bzw. einer Stelle eingesetzt, dass das JAV-Mitglied – aufgrund der absolvierten Ausbildung – in der Lage war, einzunehmen.

Praxistipp

Die JAV sollte sich beim Betriebsrat erkundigen, ob im Betrieb Leiharbeiter eingesetzt werden. Dazu zählen nicht nur die klassischen Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, sondern natürlich auch die von anderen Betrieben des Unternehmens ausgeliehene Arbeitskräfte – oder aber Arbeitnehmer, die im Rahmen einer konzerninternen Überlassung im Betrieb eingesetzt werden.

Wenn einer dieser Fälle vorliegt, müsste der Betriebsrat prüfen und der JAV mitteilen, welche Arbeiten von den Leiharbeitern ausgeübt werden. Stellt sich heraus, dass sie Tätigkeiten nachgehen, die auch die JAV-Mitglieder nach Ausbildungsende ausüben können, muss der Betriebsrat den genauen Einsatz der Leiharbeiter beobachten. Ist tatsächlich kein freier regulärer Arbeitsplatz bzw. eine Arbeitsmöglichkeit im Betrieb vorhanden, bei der Stammpersonal eingesetzt werden kann, und werden stattdessen zeitnah Leiharbeiter neu eingestellt, haben die JAV-Mitglieder große Chancen, ihre Interessen durchzusetzen.

Hinweis

Wenn es hart auf hart geht, kann der Betriebsrat eine Übernahme auch dadurch un-

terstützen, dass er seine Zustimmung zu der beabsichtigten Einstellung des Leiharbeiters im Rahmen des Mitbestimmungsverfahrens nach § 99 BetrVG verweigert.

Vorsicht!

In einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt (BAG) zum Ende des Ausbildungsverhältnisses haben die höchsten deutschen Arbeitsrichter entschieden: Berufsausbildungsverhältnisse verlängern sich nicht über die im Ausbildungsvertrag vereinbarte Zeit – etwa bis die Ergebnisse der Abschlussprüfung bekanntgegeben werden, sollte dies erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Die Erfurter Arbeitsrichter haben ausdrücklich entschieden, dass sich aus dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) keinerlei Rechtsgrundlage für eine automatische Verlängerung ergibt. Somit endet das Berufsausbildungsverhältnis üblicherweise mit Ablauf der vertraglich vereinbarten Ausbildungszeit.

Die Arbeitsrichter wiesen in ihrer Entscheidung vom 13. März 2007 ausdrücklich darauf hin, dass sich das Berufsausbildungsverhältnis lediglich in dem Fall verlängern kann, wenn ein Auszubildender die Abschlussprüfung nicht bestanden hat und einen entsprechenden Verlängerungsantrag stellt (vgl. § 21 Abs. 3 BBiG).

Im absoluten Ausnahmefall kann die zuständige Stelle die Ausbildungszeit auf Antrag dann gemäß § 8 Abs. 2 BBiG verlängern, wenn dies zum Erreichen des Ausbildungszieles erforderlich wird. Für die betroffenen Auszubildenden ist eine derartige Konstellation mehr als ärgerlich, da in der Zeit zwischen Ausbildungsende und der Abschlussprüfung nur schwer anderweitige Einkünfte zu erzielen sind. Im vom BAG abschließend entschiedenen Fall endete die Ausbildungszeit Mitte Oktober 2004. Die Abschlussprüfung fand aber erst im Januar 2005 statt.

Hinweis

Um derart missliche Situationen für die Auszubildenden zu verhindern, sind hier besonders die Betriebsräte gefragt, mit der Arbeitgeberseite entsprechende Lösungen zu finden. [§](#)

LAG Nürnberg, Az.: 5 Ta BV 61/05; BAG Erfurt, Az.: 9 AZR 494/06



Der JAV-Ratgeber.
Mit Wolf-Dieter Rudolph

Wenn es hart auf hart geht, kann der Betriebsrat eine Übernahme auch dadurch unterstützen...

...dass er seine Zustimmung zu der beabsichtigten Einstellung des Leiharbeiters verweigert.

Alte Schemen passé

Mitte Mai 2007 fand in Berlin die zweite Bundesjugendkonferenz der ver.di Jugend. Jörg Grünefeld und Ringo Bischoff sagen in Soli aktuell, was wichtig war.

Die Delegierten haben getagt. Worum wird es in nächsten Jahren gehen?

Ringo Bischoff: Definitiv um die Bereiche Ausbildung und Bildung. Und Organising: Wir müssen vereinbaren, was wir darunter verstehen wollen und was bei uns umgesetzt wird. Wir wollen von der Stellvertreterpolitik dahin, dass Menschen sich emanzipieren und selbstständig für ihre Rechte eintreten. Das Schema »Oben Beitrag rein, unten Tarifvertrag raus« ist jedenfalls passé. Wir brauchen eine klare Konfliktorientierung.



»Es ist eine der Hauptaufgaben, den Ausbildungsstau zu skandalisieren«: Ringo Bischoff (l.) und Jörg Grünefeld

Wollt ihr mehr in die Arbeit in den Betrieben investieren oder interessiert euch auch die »Generation Praktikum«?

R.B.: Innerhalb der ver.di Jugend gibt es schon lange eine Diskussion, wie wir Studierende oder Praktikanten ansprechen. Man muss sich dieser Gruppe zuwenden als auch die Arbeit in den Betrieben konzentrieren, das schließt sich nicht aus.

Jörg Grünefeld: Auszubildende und Studierende können ihre Interessen nicht isoliert durchsetzen. In den kommenden Jahren wollen wir auch die Azubis und ihre Entlohnung, die Qualität ihrer Ausbildung und eine Übernahmequote entsprechend platzieren.

Ist der Druck auf den Bereich Jugend sehr hoch, wenn es um die Gewinnung neuer Mitglieder geht – gibt es ein Sofortprogramm?

J.G.: Mitgliedergewinnung ist eines der wichtigsten Dinge, die wir täglich mitdenken, und ein sehr wichtiges Kriterium für unsere Arbeit. Hier geht es um die Zukunft der Gewerkschaften. Der Altersdurchschnitt von ver.di ist relativ hoch. Bei den Neuaufnahmen haben wir eine gute Quote bei den Auszubildenden – gut ein Drittel sind Azubis.

Ein Sofortprogramm haben wir nicht beschlossen – das ist aber definitiv ein Punkt, der im neuen Bundesjugendvorstand zum Beginn des neuen Ausbildungsjahrs im Herbst wieder thematisiert wird: In welcher Form sprechen wir die Azubis an, welche Angebote machen wir, wie unterstützen wir die Bezirke? Und natürlich die zweite Schwelle, der Übergang von der Ausbildung in das »normale Erwerbsleben«, wird stärker als bisher mitgedacht werden.

Es wurde auch über das Grundrecht auf Ausbildung gesprochen.

J.G.: Der Ausbildungspakt von Wirtschaft und Bundesregierung ist ein Placebo, die Situation bei den Ausbildungsplätzen hat sich verschlechtert. Es ist eine der Hauptaufgaben, den Ausbildungsstau in der Öffentlichkeit wieder zu skandalisieren, die Umlage

einzufordern und für das Grundrecht auf Ausbildung einzustehen.

Wie sieht es mit der Ausbildungsvergütung aus?

J.G.: Von Ausbildung muss man leben können. Die Konferenz hat beschlossen: Als logische Fortsetzung einer Mindestlohnpolitik müssten Azubi monatlich 1.225 Euro erhalten.

Das wird z.B. im Friseurhandwerk kaum einer zahlen...

R.B.: Schön. Aber das kann man beim Mindestlohn genauso sagen.

J.G.: Könnte dies, könnte das... – darum geht's doch wohl nicht. Die Frage ist doch: Was braucht ein Auszubildender, um leben zu können? Wenn heute jemand eine Friseurausbildung macht und von staatlichen Zuschüssen leben muss, dann muss das auch finanziert werden. Über dieses Thema kommt man ganz schnell zu den Bereichen Steuersystem und Sozialleistungen.

Wir haben da eine visionäre Haltung: Bei uns stehen die Menschen im Vordergrund. Wir müssen einen Weg finden, wie wir ihnen ein gutes Leben ermöglichen können.

Werdet ihr beim Thema »Rente mit 67« noch einmal aktiv?

R.B.: Das ist das Thema, das die Jugend definitiv am längsten beschäftigen wird. Wenn man sich Umfragen anschaut, dann wollen die Leute, egal welcher Altersgruppe, nicht länger als bis 60 arbeiten. Die wollen den Lebensabend genießen. Und: Je länger die Älteren arbeiten müssen, desto schlechter kommen junge Leute in die Jobs. Da werden wir ansetzen. Wir werden das zu gegebenem Zeitpunkt auf die Agenda heben.

Was war für euch das Bemerkenswerteste der Konferenz?

J.G.: Dass wir gut und kontrovers diskutieren konnten und uns am Ende aber einigen konnten. Das lässt einen positiven Blick auf die Zukunft zu: dass wir auch durchsetzungsfähig sein können. Wir können Macht entfalten.

R.B.: Sonntag früh drei Uhr: Fast alle Beratungen, die Wahl der Geschäftsführung liegen hinter uns – 18 Stunden am Stück. Dass dann alle zwei Etagen höher gegangen sind und eine Party gemacht haben. Klasse. Die ver.di Jugend ist ganz schön erwachsen geworden.

Jörg Grünefeld, 22, Vorsitzender der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung bei der Barmer Ersatzkasse, ist neuer Vorsitzender der ver.di Jugend.

Ringo Bischoff ist ver.di-Bundesjugendsekretär.

VER.DI JUGEND

2. Bundesjugendkonferenz

Die ver.di Jugend traf sich vom 10. bis zum 13. Mai 2007 in Berlin zu ihrer 2. Bundesjugendkonferenz. Neben der Wahl des geschäftsführenden Bundesjugendvorstands wurden dort die Weichen für die Arbeit der nächsten vier Jahre gelegt.

Unter dem Motto »Position: Zukunft« setzte die ver.di Jugend die wichtigsten Themen der Jugendlichen auf ihre Agenda:

- Welche Perspektiven haben Jugendliche heute?
- Wie können Auszubildende, Studierende und junge Erwachsene erfolgreich für ihre Zukunft eintreten?
- Worauf soll die ver.di Jugend als eine der größten politischen Jugendorganisationen ihre Schwerpunkte setzen?

Diese Fragen diskutierten über 120 Delegierte aus den Landesbezirken und Fachbereichen. Sie legten mit ihren Entscheidungen die Marschrichtung der Gewerkschaftsjugend für die kommenden Jahre fest. [5](#)

Infos: http://jugend.verdi.de/community/news-community/position_zukunft

WEBTIPP DES MONATS

Das European Resistance Archive (ERA) ist ans Netz gegangen. Das Ziel dieses Internetportals: die Geschichte der Widerstandsaktivitäten gegen Faschismus und Besetzung während des Zweiten Weltkrieges in einem Online-Archiv leibendig und sichtbar zu halten. Kernbestand sind vorerst 20 Videointerviews mit Frauen und Männern, die in sechs europäischen Ländern am antifaschistischen Widerstand teilgenommen haben. Außerdem können die NutzerInnen der Website auf Kartenmaterial, Bilder, Dokumente, wissenschaftliche Texte über die spezifische Situation in den einzelnen Ländern und auf Übersetzungen zurückgreifen. Verlinkungen mit der eigenen Homepage sind ausdrücklich erwünscht.
www.resistance-archive.org

+ Ausschreibung Internationaler Kultur-Joker Benin:



Die Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt (LKJ) bietet einen sechsmonatigen Freiwilligendienst, davon drei Monate in Benin, an. Kosten für Unterkunft und Verpflegung, die Betreuung vor Ort sowie den Flughafentransfer in Benin werden übernommen. Bewerben können sich junge Leute zwischen 20 und 27 Jahren.

Aufenthalt in Benin von Oktober bis Dezember 2007. Bewerbungen an: LKJ Sachsen-Anhalt e. V., Liebigstr. 5, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391/244 51 62, E-Mail: sylvia.goessel@jugend-lsa.de, www.jugend-lsa.de/kulturjoker

+ Sommercamp: Unter dem Motto »party, people, politics« führt die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg im Juni

2007 Workshops in Flecken Zechlin durch. Themen: G 8 – wie weiter?, Antifa, Fachkräftemangel vs. Übernahme, Jugendarbeitsschutzgesetz und Deutsches Sozialforum 2007.

22. bis 24. Juni 2007. Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin. Anmeldungen: Tel.: 030 / 21 24 03 14, E-Mail: nicole.hoepner@dgb.de, www.solidarity-reloaded.de



+ »...Ausbildung erfolgreich beendet...« – so lautet der Titel einer neuen Broschüre der DGB-Jugend Hessen. Die Broschüre gibt Auszubildenden die Gelegenheit, sich über Fragen zu informieren, die am Ende der Ausbildung entstehen: Jobsuche, Arbeitslosigkeit oder sogar: der Vollzeitjob.

Infos: Cornelia Dörries, DGB-Jugend Hessen, 069 / 27 30 05 57, E-Mail: cornelia.doerries@dgb.de, www.hessen.dgb.de/jugend

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

SEMINARE

Technology of Participation – eine Methode, die Moderation, Gesprächsführung und Elemente des Projektmanagements auf einfache und wirkungsvolle Art vereinigt. Sie ist für all jene interessant, die sich in und für Gruppen engagieren und Beteiligung fördern wollen.

21. bis 24. August 2007. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode TOP 8608

Moderation und Präsentation für Studierende: Die Weitergabe von Fachwissen ist für die Qualität studentischer Interessenvertretung unabdingbar. Diese Fortbildung richtet sich daher an Aktive in der studentischen Interessenvertretung, in ASten, Studierendenräten und in den Landesvertretungen.

*31. August bis 2. September 2007. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode MPS 8638
Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de*

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	